



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Mittwoch
6. Juli 2022

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 153 · 2,40 Euro

Inflation kommt im Geldbeutel an

BAWÜ-CHECK Untere Einkommensschichten sind stark von steigenden Preisen betroffen – Stimmung ist auf Tiefststand

Von unserem Redakteur
Christian Gleichauf

Zu den zahlreichen Sorgen der Baden-Württemberger rund um die Folgen des Ukraine-Kriegs, um Wirtschaftsentwicklung und Pandemie kommen nun verstärkt Inflationsängste. Vom Optimismus früherer Jahre ist wenig übrig geblieben. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage, die im Juni durchgeführt wurde.

In den 1068 Interviews, die das Institut für Demoskopie Allensbach geführt hat, wurde deutlich, dass nur knapp jeder vierte Baden-Württemberger über 18 Jahre den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen sieht – ein historischer Tiefststand und ein Wert, der unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet liegt. In einer zeitgleich durchgeführten bundesweiten Befragung waren 28 Prozent der Bevölkerung noch zuversichtlich gestimmt.

Im Zentrum aller Sorgen stehen jetzt die Preissteigerungen, die die Bürger allerdings auch schon im vergangenen Herbst umgetrieben haben. Lediglich vier Prozent stuften sie für sich persönlich als geringfügig ein. Doch auch wenn die Inflation nahezu jeder spürt, sei die persönliche Betroffenheit „ausgeprägt schichtgebunden“, schreiben die Meinungsforscher: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent von den Preissteigerungen sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen 56 Prozent.

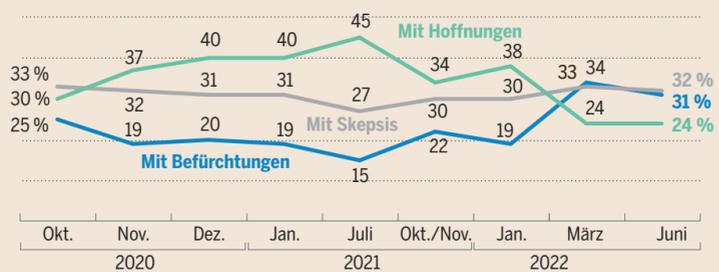
Sparsamer Als besonders belastend empfindet die Bevölkerung die Inflation bei den Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizten. Entsprechend versucht ein Großteil auch, gerade hier sparsamer zu sein



Im Krisenmodus

Weiterhin nur wenig Zukunftsoptimismus

Frage: „Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



Die subjektive Belastung durch gestiegene Preise bleibt hoch

Frage: „Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
HS+Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfragen 6164/IV

und sich einzuschränken. 51 Prozent haben ihre Restaurantbesuche reduziert, 48 Prozent schränken sich beim Kauf von Kleidung ein, 44 Prozent bei Urlaub und Reisen und 43 Prozent beim Kauf von Lebensmitteln. Ebenso viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit.

Die Maßnahme der Bundesregierung, die Auswirkungen der Inflation mit dem 9-Euro-Ticket zu dämpfen, wird begrüßt. Die Mehrheit der Baden-Württemberger würde die Fortführung eines in irgendeiner Form vergünstigten Tickets über die bislang geplanten drei Monate hinaus befürworten. Nur 22 Prozent wollen es nach den drei Monaten auslaufen lassen.

Mehrausgaben okay Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen auch, dass die Bevölkerung infolge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates zwar sehr kritisch einschätzt, aber dennoch in vielen Bereichen Mehrausgaben fordert. Vom Land erwartet die Mehrheit mehr Geld für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Forschungsförderung, den Klimaschutz sowie für öffentliche Einrichtungen. Einsparpotenziale sieht man am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung.

Drängend erscheint vielen das Thema Bürokratieabbau, der für die Mehrheit keineswegs abstrakt ist, sondern auf persönlichen Erfahrungen beruht. Ein Bereich, in dem derzeit besonders intensiv über den Abbau staatlicher Vorgaben diskutiert wird, ist der Ausbau der Infrastruktur für die Energieversorgung. Abstriche beim Natur- und Umweltschutz zu machen oder auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um den Ausbau von Windkraft und Stromtrassen zu beschleunigen, befürworten nur 31 Prozent. Um die 40 Prozent halten dies für keinen guten Weg. Seite 6

Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Der Pessimismus nimmt zu – Signale der Besserung sind leider nicht in Sicht, meint unser Autor.

Dauerzustand

Der BaWü-Check, die jüngste Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, kommt zu einem niederschmetternden Ergebnis: Nie war die Stimmung im Land schlechter, und für viele Bürgerinnen und Bürger im Südwesten ist kein Licht am Ende des Tunnels in Sicht.

Dieser historische Tiefststand muss beim Blick auf Zapfsäulen, Einkaufspreise oder künftige Heizkostenabrechnungen niemanden verwundern. Die konkreten Folgen von Putins Krieg in der Ukraine kommen nach und nach bei vielen an. Zu Recht vermutet man, dass es im Herbst noch viel schlimmer kommen wird – spätestens wenn Nebenkosten- und Stromnachzahlungen ins Haus flattern. Die Zuversicht im sonst so erfolgreichen Ländle liegt gar unter dem Bundesdurchschnitt. Das mag nur auf den ersten Blick verwundern. Es liegt darin begründet, dass es einem in Baden und Württemberg immer etwas besser als anderswo erging. Mit einer so gravierenden Krise hat man wenig Erfahrung. Dabei werden wir uns an härtere Zeiten gewöhnen müssen. Die neue Realität verlangt ein radikales Zurückschrauben von Ansprüchen und eine Umstellung des Lebensstils.

Stets nach der Politik und immer neuen Rettungspaketen zu rufen, wird auf Dauer nicht gehen. Zumal diese zuletzt nicht gerade durchschlagenden Erfolg hatten. Die meisten Bürger wünschen sich zwar ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket – koste es, was es wolle. Doch das ist illusorisch und schlichtweg nicht umsetzbar. Klarer ist die Forderung nach Streichungen – bei Großbauprojekten und bei der Förderung von Kunst und Sport.

Fakt ist: Die Mehrzahl der Menschen muss sich mit weniger begnügen. Und genau darauf wird mit Einschränkungen bei Restaurantbesuchen, dem Einkaufen oder dem Reisen reagiert. Was wiederum diesen leidgeprüften Branchen nach zwei Jahren Corona die nächsten Tiefschläge versetzen wird.

@ Ihre Meinung?
uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

Wirtschaft

Die Einkommensunterschiede bei den deutschen Landwirten werden immer größer. Seite 11

Kultur

Der Arbeitskreis Junges Theater Baden-Württemberg tagt diese Woche in Heilbronn. Seite 22

Sport

Tatjana Marias Wimbledon-Märchen geht mit einem Drei-Satz-Sieg über Jule Niemeier weiter. Seite 17

Region

Kaum lässt Corona es zu, starten Schulen wieder ihre Austauschprogramme mit dem Ausland. Lokales

Rettungsschirm im Energiesektor

BERLIN Die Bundesregierung hat ein neues Instrument beschlossen, damit starke Preissprünge auf dem Gasmarkt an die Kunden weitergeben werden können. Das soll aber möglichst verhindert werden. Deswegen wurden Voraussetzungen geschaffen, damit der Staat angeschlagene Energieunternehmen auch mit staatlichen Hilfen retten kann.

Das Kabinett brachte entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg. Die Beschlüsse gehören zu einem umfangreichen Maßnahmenpaket zur Sicherung des Energiemarkts und zum Ausbau des Ökostroms in Deutschland. Der Bundestag fasst am Donnerstag dazu Beschlüsse. *dpa* Seite 2, 4

Probleme bei Grundsteuer

Steuerzahlerbund fordert längere Frist

STUTTGART/REGION Der Bund der Steuerzahler fordert, Grundstückseigentümern mehr Zeit für die Erklärung zur neuen Grundsteuer einzuräumen. „Die viermonatige Frist ist zu gering bemessen“, sagt Eike Möller, Landesvorsitzender des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg.

Nach einem Verfassungsgerichtsurteil wird die Berechnung der Steuer umgestellt. Eigentümer müssen bis Ende Oktober eine sogenannte Feststellungserklärung beim Finanzamt abgeben. Die Frist läuft seit vergangenen Freitag. Grundlage dafür sind Bodenrichtwerte, die zum Stichtag 1. Juli aber

nicht vollständig vorlagen. Für die Region Heilbronn und den Hohenlohekreis sind diese Werte verfügbar, wenn auch noch nicht komplett ins zentrale Online-Portal übernommen. Fachleute in der Region registrieren einen großen Beratungsbedarf, Fachvorträge des Eigentümerverbands Haus und Grund waren ausgebucht. Für Steuerzahler dürfte sich die Reform unterschiedlich auswirken. Die meisten Grundstückseigentümer werden Experten zufolge profitieren. Fest stehe aber, „dass Eigentümer mit größeren Grundstücken in wertvollen Lagen eher Verlierer sind“, erwartet der Steuerzahlerbund. *ah* Seite 25

Betreuungskräfte fehlen

GÜTERSLOH/STUTTGART Wenige Jahre vor der schrittweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule steuert die Bundesrepublik auf einen massiven Fachkräftemangel hin.

Zwischen dem prognostizierten Bedarf und dem voraussichtlichen Angebot an Fachkräften klappt zum Ende des Jahrzehnts allein in Baden-Württemberg eine Lücke von mehr als 12000 Fachkräften, wenn für jedes Kind ein Platz mit einer Förderung von 40 Wochenstunden vorhanden sein soll. Das geht aus dem „Fachkräfte-Radar für Kita und Grundschule 2022“ der Bertelsmann-Stiftung hervor, der am Dienstag vorgestellt wurde. *dpa* Seite 3

ANZEIGE

Dahoim isch ...

WO DU IMMER DU SELBST SEIN KANNST.

Über 1.000 Immobilien in Heilbronn und Hohenlohe.

TRAUMWOHNUNG GEFUNDEN AUF

immostimme.de